An die Vorsitzende
des Jugendhilfeausschusses
Frau Schoppe

Informationsvorlage

zu TOP I / 6.0 der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 19.06.2007

Entwurf des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz)

Das Landeskabinett Nordrhein-Westfalen hat am 22.05.2007 den Gesetzesentwurf zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) beschlossen. Nach Beratung und Verabschiedung im Landtag soll das Gesetz nach den Planungen der Landesregierung zum 01.08.2008 in Kraft treten.

Zunächst war am 27.02.2007 ein Konsenspapier über Eckpunkte der zukünftigen Finanzierungsstruktur der Tageseinrichtungen für Kinder und der Förderung der Kindertagespflege von dem Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration (MGFFI), der freien Wohlfahrtspflege, den Kirchen und den Kommunalen Spitzenverbänden unterzeichnet worden. Der daraufhin seitens des Ministeriums vorgelegte Referentenentwurf spiegelte allerdings die Inhalte der Vereinbarung in Teilbereichen nicht oder nur unzureichend wieder und führte daher zu Protesten aller am Konsens beteiligten Verbände und der Kirchen. Infolge umfangreicher Stellungnahmen erfolgte eine Überarbeitung des Entwurfs.

Die wichtigsten Zielsetzungen des aktuellen Entwurfs werden im Folgenden dargestellt.

Ziele des Kinderbildungsgesetzes

- Ø **Die Bildungs- und Erziehungsarbeit wird präzisiert und gestärkt. Kindertageseinrichtungen müssen ein eigenes Bildungs- und Erziehungskonzept haben und zur individuellen Förderung der Kinder deren Entwicklung beobachten und dokumentieren, sofern eine Zustimmung der Eltern vorliegt.**
- Ø **Die Qualität der Einrichtungen wird u. a. durch regelmäßige Fort- und Weiterbildungen des pädagogischen Personals sowie durch weitreichende Evaluierung gesichert.**
- Ø **Die Sprachförderung wird als Regelaufgabe der Einrichtungen aufgenommen mit dem Ziel, dass jedes Kind bei Schuleintritt die deutsche Sprache so beherrscht, dass es dem Unterricht von Anfang an ohne Probleme folgen kann.**
Für jedes Kind, das auf Grund des § 36 Abs. 2 Schulgesetz eine zusätzliche Sprachförderung erhält, gewährt das Land dem Jugendamt bis zum Schuleintritt des Kindes einen zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 340 EUR pro Kindergartenjahr.
- Ø **Die Zusammenarbeit mit der Schule wird intensiviert.**

- ∅ **Kindertageseinrichtungen werden durch neue Formen der Vernetzung und Kooperation zu Familienzentren weiterentwickelt.**
Für jede Tageseinrichtung für Kinder, die über ein vom Land anerkanntes Gütesiegel als "Familienzentrum NRW" verfügt, gewährt das Land dem Jugendamt einen zusätzlichen Zuschuss von 12.000 EUR.
- ∅ **Die Kindertagespflege wird landesgesetzlich geregelt und erstmalig finanziell gefördert.**
Das Land zahlt dem Jugendamt einen jährlichen Zuschuss für jedes Kind in Kindertagespflege in Höhe von 725 EUR, soweit nicht für dieses Kind ein Landeszuschuss für den Besuch einer Kindertageseinrichtung gewährt wird.
- ∅ **Die integrative Betreuung von Kindern mit und ohne Behinderungen wird abgesichert.**
- ∅ **Der Gesundheitsschutz für Kinder wird gestärkt.**
- ∅ **Bürokratische Hürden werden abgebaut und vorhandene Standards so gestaltet, dass Angebote flexibler und am tatsächlichen Bedarf orientiert werden können.**
- ∅ **Es wird eine klare und übersichtliche Finanzierungsstruktur eingeführt.**

Die finanzielle Förderung der Kindertageseinrichtungen wird in Form von Pauschalen für jedes in einer Kindertageseinrichtung aufgenommene Kind (Kindpauschalen) gezahlt. Die Pauschalen sind der Anlage 1 zu dieser Vorlage zu entnehmen.

Die drei Gruppenformen stellen ausschließlich eine Berechnungsgrundlage dar. Das heißt, dass diese Gruppen für die Praxis in den Kindertageseinrichtungen nicht zur Anwendung kommen müssen. Die in der Tabelle zu § 19 dargestellten Gruppenstrukturen und Öffnungszeiten (siehe Anlage 1) binden die Träger nicht, da sie nur Berechnungsgrundlagen sind. Im Rahmen ihrer pädagogischen Konzeption können die Träger die Anwesenheitszeiten der Kinder den erforderlichen tatsächlichen Bedarfen entsprechend flexibel handhaben.

Die Regelung der für die Zuschussberechnung erforderlichen Zuordnung der Kinder zu den einzelnen Gruppenformen erfolgt im Rahmen einer noch zu erlassenden Verfahrensverordnung.

Das Land gewährt dem Jugendamt für jedes Kind, das in einer Kindertageseinrichtung seines Bezirks betreut wird einen prozentualen Zuschuss zu den Kindpauschalen nach der Anlage 1.

Die Finanzierungsanteile der Träger gestalten sich zukünftig wie folgt:

**Tabelle 1
prozentuale Finanzierungsanteile**

	Zuschuss Jugendamt	Refinanzierung durch das Land	Trägeranteil	unterstellte Elternbeiträge
Kirchen/Religionsgemeinschaften des öffentl. Rechts	88 v.H.	36,5 v. H.,	12 v.H.	19 v.H.
anderen anerkannten Trägern der freien Jugendhilfe	91 v.H.	36,0 v. H.,	9 v.H.	
Elterninitiativen	96 v.H.	38,5 v.H.	4 v.H.	
örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe	79 v.H.	30,0 v.H.	21,0 v. H. (51 v.H.)	

Einzige Veränderung der Trägeranteile im Vergleich zum GTK ist die Absenkung des Trägeranteils der konfessionellen Einrichtungen von 20% auf nunmehr 12 %. Die hierdurch entstehenden Kosten übernimmt zu 75% das Land und zu 25% die Kommunen.

Ø **Die Betreuungsangebote für unter dreijährige Kinder werden nachhaltig ausgebaut.**

Dabei sind folgende Planungsdaten zu berücksichtigen:

Tabelle 2

Planungsdaten Ausbau von Plätzen für unter dreijährige Kinder in NRW (Anlage zu § 19)

Jahr	in Kindertageseinrichtungen	in Kindertagespflege
2008	34.000	18.000
2009	42.000	23.500
2010	66.500	23.500

Tabelle 3

Planungsdaten Betreuungszeiten (Anlage zu § 19)

Betreuungszeit	Gruppenform I und III	Gruppenform II
25 Stunden	25%	40%
35 Stunden	50%	40%
45 Stunden	25%	20%

Problemstellungen

Trotz der Überarbeitung des Gesetzesentwurfs infolge der Kritik der Konsensparteien sind nach wie vor viele Unwägbarkeiten hinsichtlich der Umsetzung des KiBiz gegeben.

Ein Hauptkritikpunkt der Verbände war die haushaltsmäßige Begrenzung für die Berechnung des Landeszuschusses und die entsprechende Quotierung des Platzausbaus für die unter dreijährigen Kinder sowie des Angebotes der unterschiedlichen Betreuungszeiten (siehe Tabellen 2 und 3). Zwar wurde nunmehr eine Formulierung gewählt, die die Möglichkeit eröffnet eine neue Vereinbarung zu treffen, falls die zur Verfügung stehenden Mittel für ein bedarfsgerechtes Angebot nicht ausreichen. Die jetzige Regelung stärkt die örtliche Planungsverantwortung allerdings immer noch nicht in dem Maße, wie es für eine tatsächlich bedarfsgerechte Ausgestaltung der Betreuungsangebote vor Ort wünschenswert wäre. Es ist fraglich, ob die Quoten für die Umsetzung der unterschiedlichen Betreuungszeiten gemäß der Anlage zu § 19 (siehe Tabellen 2 und 3) tatsächlich im Einklang mit den Bedürfnissen der Eltern stehen.

Des Weiteren lassen die noch ausstehenden Verordnungen und Vereinbarungen bezüglich des konkreten Verfahrens zur Gewährung der Zuschüsse und zur Festlegung des Personalschlüssels viele Fragen offen, die zum jetzigen Zeitpunkt eine realistische Abschätzung der Kostenentwicklungen innerhalb der Kommune nahezu unmöglich machen. Darüber hinaus wird es auch von entscheidender Bedeutung sein, für welche Betreuungsangebote sich die Eltern zukünftig entscheiden. In diesem Zusammenhang wird die Elternbeitragsregelung, die leider trotz massiven Widerstands aller Verbände weiterhin der kommunalen Selbstverantwortung obliegen wird, zum relevanten Steuerungsinstrument und wird sicherlich noch intensiv diskutiert werden müssen.

Ob die Kindpauschalen tatsächlich für die Beschäftigung des Personals entsprechend den Ausführungen der Anlage 1 auskömmlich sind, ist ebenfalls noch nicht absehbar. Die den Gruppen für die Berechnung zugeordnete Personalstärke sieht zwar eine quantitative und qualitative Stärkung des Fachpersonals in den Gruppen vor. Gleichzeitig wird aber eine komplette Freistellung der Leitung zunehmend schwieriger umsetzbar und finanzierbar werden. Ob dies im Einklang mit den weiterhin steigenden Ansprüchen an die Einrichtungen wie insbesondere die Stärkung des Bildungsauftrags des Elementarbereichs sowie der damit verbundenen Weiterqualifizierung des vorhandenen Personals, der Weiterentwicklung von Tageseinrichtungen zu Familienzentren und der Organisation von effizienten Sprachfördermaßnahmen, scheint zumindest zweifelhaft. Auch Kosten für Vertretungen im Falle von Langzeiterkrankungen oder beispielsweise die Beschäftigung von Anerkennungspraktikantinnen scheinen bei der vorgesehenen Finanzierung zu Lasten der Träger zu gehen.

Unabhängig von den noch ausstehenden Konkretisierungen der Regelungen des KiBiz wird auf den örtlichen Träger der Jugendhilfe eine größere Kostenbelastung zukommen, die zur Vermeidung einer

zu großen Finanzierungslücke im Haushalt durch höhere Elternbeiträge teilweise kompensiert werden müssen. Hierfür gibt es drei Gründe.

1. Das Jugendamt muss 2 % der für die konfessionellen Träger reduzierten Trägeranteile übernehmen. Inwieweit dafür eine Kostenersparnis im Rahmen der freiwilligen Zuschüsse erfolgen kann, bleibt abzuwarten. An dieser Stelle sei aber schon darauf hingewiesen, dass sämtliche Verträge hinsichtlich der Übernahme von Trägeranteilen der neuen gesetzlichen Grundlage angepasst werden müssen und daher seitens der Stadt voraussichtlich zum 31.07.2008 gekündigt werden.
2. Durch die Aufnahme von U3- Kindern werden die maximalen Gruppenstärken von 25 auf 20 sinken. In der Folge werden insgesamt mehr Betreuungsgruppen benötigt.
3. Es ist davon auszugehen, dass die Nachfrage nach Betreuungsplätzen für U3-Kinder mittelfristig ansteigen wird. Nach der bisherigen Einschätzung wird die Aufnahme von Kindern unter drei Jahren in den Kindertagesstätten den Geburtenrückgang und die vorgezogene Einschulung vorläufig kompensieren. Ab dem Jahr 2010 wird sich in Meerbusch voraussichtlich die Anzahl der Geburten stabilisieren um in den folgenden Jahren leicht anzusteigen. Parallel ist zu erwarten, dass die Eltern zunehmend auf das Regelangebot für Krippenkinder zurückgreifen und einen größeren Bedarf artikulieren werden.

Losgelöst von dieser reinen Betrachtung von Platzbedarfen muss berücksichtigt werden, dass die Qualitätsentwicklung der Kindertageseinrichtungen ebenfalls unvermeidlich zu Kostensteigerungen führen wird. All diese absehbaren Entwicklungen lassen sich derzeit nicht in zuverlässigen Zahlen darstellen.

Zeitplan zur Umsetzung des Ausbaus der Kleinkindbetreuung und Umsetzung des KiBiz

Auch wenn, wie an verschiedenen Stellen der Vorlage aufgeführt, noch Unklarheiten insbesondere auch hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen des neuen Gesetzes bestehen, sollen alsbald konkrete Schritte für eine rechtzeitige und am Bedarf der Eltern orientierte Umsetzung eingeleitet werden. Aufschluss über die tatsächliche Bedarfslage und den erforderlichen Ausbau des Betreuungsangebotes in Meerbusch sollen nach verwaltungsinternen Planungen zwei Bedarfsumfragen am Jahresbeginn 2008 ergeben.

Ø **Kleine Bedarfsabfrage**

Im Rahmen dieser Befragung sollen Eltern, deren Kinder bereits eine Tageseinrichtung in Meerbusch besuchen, ihren zukünftigen Bedarf entsprechend den Betreuungszeiten des KiBiz zum 01.08.2008 darlegen.

Ø **Große Bedarfsabfrage**

Im Rahmen dieser Befragung soll der tatsächliche Betreuungsbedarf für Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege ermittelt werden. Angeschrieben werden sollen alle Eltern von Kindern, die bis 31.12.2007 geboren sind.

Voraussetzung für diese Bedarfsabfragen ist einerseits Klarheit darüber, welche Angebote die Träger insbesondere im Hinblick auf die vorhandenen Räumlichkeiten und im Hinblick auf die neue Finanzierungssituation leisten können. Diesbezüglich soll zu einer Trägerkonferenz unmittelbar nach den Sommerferien eingeladen werden.

Darüber hinaus ist für eine verbindliche Aussage der Eltern die Höhe der zu leistenden Elternbeiträge grundlegendes Entscheidungskriterium. Daher soll zeitnah nach Verabschiedung des Gesetzes eine Festsetzung der Elternbeiträge diskutiert und entschieden werden.

In Vertretung

(Angelika Mielke-Westerlage)
Beigeordnete